

Sichere Grenzen statt grenzenloser Kriminalität

Sebastian Wippel (Görlitz), sicherheitspolitischer Sprecher

Sebastian Wippel, MdL

Berliner Straße 50

(Postadresse: Salomonstraße 2)

02826 Görlitz

Telefon: 03581/8796473

goerlitz@sebastian-wippel.de



Bei den Kontrollen zum G7-Gipfel Anfang Juni hat sich besonders deutlich gezeigt, wie effektiv Grenzkontrollen sein können. Leider gibt es dafür im Moment keine Mehrheit. Das bedeutet allerdings nicht, dass man nichts tun kann. Als AfD haben wir bereits vor der Wahl Grenzkontrollen gefordert. Dafür braucht es keinen G7-Gipfel, sondern nur normalen Menschenverstand und etwas kriminalistische Erfahrung: Beides maße ich mir an.

In unserem Antrag zur Bekämpfung der Kriminalitätsschwerpunkte haben wir uns ausdrücklich Grenzkontrollen vorbehalten, wenn die internationale Zusammenarbeit nicht so funktioniert, wie es das Bedürfnis der Grenzlandbewohner erfordert.

Seit dem ist seitens der Regierung nicht viel passiert. Das verwundert allerdings nicht. Ist es doch gerade nicht *das* Thema. Außer für den Baggerbesitzer, der sein Eigentum aus der Neißة bergen darf, und

seinen Nachbarn, der z.B. seinen PKW gar nicht wieder sieht. Solche und ähnliche Fälle finden Sie jede Woche in der *Sächsischen Zeitung (SZ)*. Die Regierung scheint solche Artikel jedoch nicht zu lesen.

Kurz und gut: Sicherheit an der Grenze ist immer ein Thema und wir als AfD wollen die bestehenden Probleme lösen. Verstecken und aussitzen geht nicht. Es geht nicht um Wahlkampf, sondern um die Lebensqualität von Hunderttausenden Bürgern!

Zur Verhinderung der Verbringung von Diebesgut über die Grenze und zur Bekämpfung der nach wie vor ungehemmten grenzüberschreitenden Kriminalität fordern wir wieder eine Verstärkung der verdachtsunabhängigen Kontrollen im 30 Kilometer nahen Grenzbereich.

Dieses Mittel kann Grenzkontrollen nicht ersetzen, aber es könnte auch von weniger mutigen Politikern als kleiner Schritt umgesetzt werden, ohne gegen das Schengen-Abkommen zu verstoßen, denn es steht in Einklang mit europäischem Recht. Trotzdem ändert sich nichts an unserem Ziel: Sicherheit an den Außengrenzen, wenn es sein muss mit Grenzkontrollen!

Für die Sicherheit in Sachsen ist jedoch noch eine zweite Forderung von immenser Bedeutung: Die Polizei braucht mehr Personal. Die AfD hat deshalb beantragt, 718 neue Polizisten einzustellen sowie

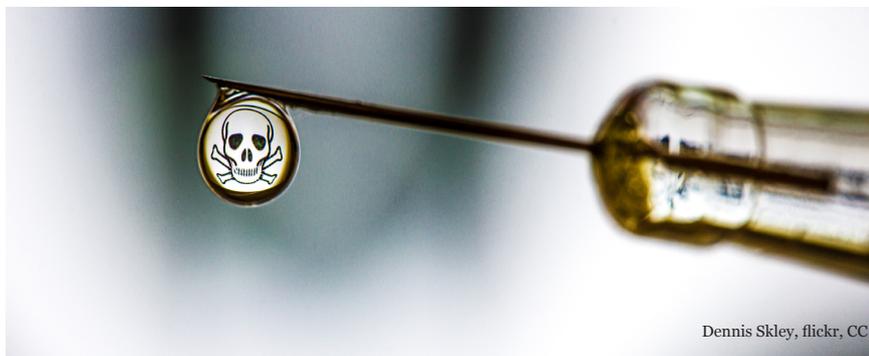
knapp 178.000 Euro mehr für die Nachwuchswerbung in den Bereichen Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdienst zu investieren. Beide Anträge wurden leider abgelehnt, aber wir kämpfen weiter!

In den letzten Jahren wurden bereits zu wenige Polizeianwärter eingestellt, um die Altersabgänge ausgleichen zu können. Hinzu kommt ein ermittelter Fehlbedarf an Personal, um den Stellenabbau bei der Bundespolizei langfristig zu kompensieren, die Kriminalitätsbelastung in der Grenzregion auszugleichen und um in den Schwerpunktlagen in den Städten stärker agieren zu können. Wir denken, dass wir mindestens 520 zusätzliche Beamte brauchen. Ferner bedarf es ca. 660 Ermittler, um die Vorgangslasten auf annähernd 20 Fälle gleichzeitig pro Ermittler zu senken.

Durch diese Mehreinstellungen wird Personal für Fortbildungen frei. Die Arbeitsbelastung verteilt sich, was sich positiv auf die Gesundheit der Beamten auswirken wird und notwendige Präventionsmaßnahmen ermöglicht. Weiterhin kann der Streifendienst dann endlich wieder proaktiv tätig werden. Diese Maßnahmen steigern also insgesamt die Leistungsfähigkeit der Polizei, das subjektive und objektive Sicherheitsgefühl sowie die Prävention und stützen den Strafverfolgungsanspruch des Staates.

Keine Verharmlosung bei Drogen

Bürgerbegehren



Dennis Skley, flickr, CC

2014 gab es ca. drei Prozent mehr Drogentote als 2013. Insbesondere der Konsum von Amphetamin und Metamphetamin hat stark zugenommen. Dies spiegelt sich auch in der polizeilichen Kriminalstatistik Sachsens wieder, obwohl die Zahl der Polizisten, die die Szene kontrollieren könnten, gesunken ist.

Jetzt soll es aber nicht um die Polizeipolitik der schwarz-roten (ehemals schwarz-gelben) Staatsregierung gehen. Besonders bedenklich finde ich in diesem Zusammenhang vielmehr zwei Begriffe: „Designerdrogen“ und „Legal Highs“.

Beide Begriffe sind Verniedlichungen. Mit „Design“ wird regelmäßig etwas Modisches, Hipbes, Modernes verbunden. Sind Designerdrogen also Drogen, die ein Designer nimmt, um kreativ zu sein? Oder sind es Drogen, die ein Designer entworfen hat, um damit ein besonderes Lebensgefühl auszudrücken? Keinesfalls! Diese Drogen heißen so, weil sie im Labor von Chemikern „designt“, sprich „entworfen“, werden. Das passiert nicht etwa aus dem Grund, dass die Drogenchemiker besonders gesunde Drogen entwerfen würden, sondern: Erstens soll die, den Geist vernebelnde, Wirkung verstärkt werden.

Zweitens wird die molekulare Zusammensetzung der Droge soweit verändert, dass der Stoff möglicherweise nicht mehr in den Anlagen des Betäubungsmittelgesetzes zu finden ist. Damit glaubt man der Strafbarkeit der Drogenherstellung entgehen zu können.

Und schon sind wir bei dem Begriff der „Legal Highs“. Häufig werden diese Dinge als harmlose „Kräutermischung“ oder „Badesalz“ verkauft. Diese sind nicht legal, weil es sich etwa um ungefährliche Drogen handelte, sondern weil sie unter Umständen (noch) nicht vom Betäubungsmittelgesetz erfasst sind. Da hier der Gesetzgeber und die Drogenhersteller in einem unheiligen Wettbewerb stehen, sollte sich keiner darauf verlassen, dass der Umgang mit Legal Highs wirklich nicht verboten wäre.

Man sollte sich auch keine Illusion darüber machen, dass diese Stoffe etwa unschädlich wären. Es handelt sich immer um Chemie, die dem Körper entweder langfristig schadet, oder sogar schon beim Erstkonsum tödlich wirken kann! Das ist keine leere Drohung. Auch beim Konsum von Cannabis, welches heute viel stärker als vor 20 Jahren ist, können Lunge und Herz kollabieren. Auch deshalb wird es mit mir keine Legalisierung von Cannabis geben!

„Mehr direkte Demokratie“ ist eine der zentralen Forderungen der AfD. Aus diesem Grund habe ich mich, wie viele andere Mitglieder, genau dafür eingesetzt.

In Görlitz war eine dritte Brücke in der Verlängerung des Lindenwegs über die Neiße geplant. Der Stadtrat hatte dazu bereits am 27. November 2014 einen Grundsatzbeschluss gefasst. Weil das Thema aber in der Bevölkerung anhaltend sehr umstritten war, wurde ein Bürgerbegehren angeschoben, das zum Ziel haben sollte einen Bürgerentscheid über diesen Brückenneubau zu erreichen. Dafür wurden 2.700 gültige Unterschriften von Görlitzer Bürgern benötigt. Innerhalb von zwei Wochen konnten dabei insgesamt ca. 5.900 Unterschriften gesammelt werden. Das beweist, dass das Bürgerbegehren den Nerv der Bevölkerung getroffen hat, auch wenn der Stadtratsbeschluss inzwischen aufgrund einer plötzlich bekannt gewordenen Fehlfinanzierung aufgehoben wurde.

Für Sie vor Ort

Görlitz

Berliner Straße 50, 02826 Görlitz
Telefon: 03581/8796473

Weißwasser

Muskauer Straße 73
02943 Weißwasser
Telefon: 03576/2186678
weisswasser@sebastian-wippel.de

Kamenz

Zusammen mit Silke Grimm (MdL)
Willy-Muhle-Straße 32
01917 Kamenz
Telefon: 03578/3748880